

München, 15.03.2018

Schlachthof Tauberbischofsheim: CSU schützt Tierquälerei

Tierschutz-Experte Herbert Woerlein will lückenlose Aufklärung über Tierschutzverstöße in Tauberbischofsheim - entsprechender SPD-Antrag wird im Umweltausschuss abgelehnt

Die CSU-Regierung stellt wirtschaftliche Interessen über das Tierwohl und nimmt dafür massive Verstöße gegen Tierschutzrichtlinien in Kauf. Diesen Eindruck muss man zumindest nach der Ablehnung eines **SPD-Antrags** im heutigen Umweltausschuss gewinnen. Hintergrund: Der tierschutzpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion **Herbert Woerlein** hatte in einem Antrag gefragt, wie ein Fleischkonzern in seinem Schlachthof in Tauberbischofsheim in Zukunft den Vorgaben des Tierschutzgesetzes gerecht wird. Der Betrieb mit Firmensitz in Bayern war vor vier Wochen mit unnötigem und ständigem Einsatz von Elektroschocks beim Treiben der Schlachttiere und elementaren Fehlern bei der Betäubung in die Schlagzeilen geraten.

"Das ist eine neue Qualität der Quälerei. Da wurden grobe Fehler gemacht, für die der Konzern geradezustehen hat! Der Sachverhalt muss lückenlos aufgeklärt und solche Vergehen in Zukunft auf jeden Fall abgestellt werden", erklärt Woerlein und ergänzt: "Die CSU wäre nur bereit gewesen, dem Antrag zuzustimmen, wenn alle Fragen zur Verantwortlichkeit des Fleischlieferanten gestrichen worden wären. Der Verweis auf den Standort des Schlachthofs in Baden-Württemberg ist lächerlich. Tierschutz muss über Landesgrenzen durchgesetzt werden und schließlich hat der verantwortliche Konzern seinen Sitz in Bayern."

Noch gestern hatte eine Sprecherin des Regierungspräsidiums Stuttgart verkündet, dass der Schlachtbetrieb derzeit nicht wieder aufgenommen werden dürfe. Woerlein will sich nun über das parlamentarische Instrument der Schriftlichen Anfrage schnell Klarheit verschaffen, damit nicht noch weitere Schlachttiere unnötig leiden müssen.